



Presseschau vom 30.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Christian Harde: Umgang mit Telegram – deutsche Politiker und Medien vielfach überfordert

Seit Wochen fordern Politiker, von den Massenmedien verstärkt, Einschränkungen des "russischen" Messenger-Dienstes Telegram. Aber selbst das Justizministerium sieht keine Möglichkeit, Telegram mithilfe der vorhandenen Gesetze abzuschalten. ...

<https://kurz.rt.com/2rlx>

Dagmar Henn: Nazis, überall Nazis: Die deutschen Medien und die Corona-Proteste

Die Zahl der Spaziergänger bei den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen scheint eine kritische Schwelle überschritten zu haben. Seit Dienstag baut sich eine geschlossene Medienfront auf, um diese Proteste tief in die rechte Ecke zu schieben und somit ein brutales Vorgehen zu legitimieren. ...

<https://kurz.rt.com/2ro4>

snanews.de: Auf „schwarzer Liste“ gelandet: Antisemitismus-Beauftragter in Stuttgart soll judenfeindlich sein

Dem Antisemitismusbeauftragten von Baden-Württemberg, Michael Blume, wird von einer einflussreichen jüdischen Organisation selbst Antisemitismus vorgeworfen. Das Simon-Wiesenthal-Zentrum in Los Angeles hat den schwäbischen Religionswissenschaftler auf eine

„schwarze Liste“ gesetzt, so Medien. In Deutschland erhält Blume jetzt viel Unterstützung. ...
<https://snanews.de/20211230/antisemitismus-beauftragter-in-stuttgart-judenfeindlich-4850664.html>

Christian Harde: Ein seltsames Missverhältnis: Über Corona-Prognosen und - Maßnahmen

Die Prognosen zur Corona-Lage erscheinen oft übertrieben und werden von der Wirklichkeit nicht immer bestätigt. Die beiden Springer-Blätter Bild und Welt haben in den letzten Tagen die Zahlen des RKI mit der Realität abgeglichen. ...

<https://kurz.rt.com/2rnf>

abends/nachts:

de.rt.com: "Wir werden stranguliert" – Lukaschenko dankt Putin für Hilfe bei Überwindung der Sanktionsfolgen

Die verschärfte Sanktionspolitik des Westens trägt ihre Früchte: Immer näher rückt Weißrussland an seinen östlichen Nachbar und Partner im Unionsstaat Russland. Alexander Lukaschenko bedankt sich bei Wladimir Putin für die Unterstützung in Zeiten sanktionsbedingten außenpolitischen Drucks.

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko bedankte sich beim russischen Präsidenten Wladimir Putin für die Unterstützung der Republik Weißrussland während des anhaltenden äußeren Drucks auf Minsk. "Ich bin Ihnen sehr dankbar, vor allem Ihnen persönlich, für das, was Sie für Weißrussland getan haben", zitierte RIA Nowosti Lukaschenko bei seinem Treffen mit Putin in Sankt Petersburg.

Er betonte, dass es nicht um Schmeicheleien geht. "Der Punkt ist, dass sowohl russische Unternehmen als auch die Regierung und die Banken auf jeden Vorschlag, den wir machen, oder auf jede Anfrage, die Sie an diese oder jene Person richten, reagieren und uns in dieser schwierigen Zeit der Sanktionen unterstützen. Wir werden weiterhin stranguliert", so Lukaschenko.

Weiter betonte er, dass weißrussische Unternehmen nach Wegen zur Überwindung der Schwierigkeiten suchen sollten, anstatt die Schuld auf die Sanktionen zu schieben. Der weißrussische Staatschef erklärte, Minsk bereite zusätzliche Maßnahmen als Reaktion auf die westlichen Sanktionen vor.

Die EU und die USA haben in enger Abstimmung miteinander seit den umstrittenen Präsidentschaftswahlen im August 2020 insgesamt fünf Sanktionspakete gegen weißrussische Beamte und zahlreiche Unternehmen verhängt. Infolge der sogenannten Migrationskrise an der Grenze Weißrusslands zu Polen gab es zusätzliche Sanktionen. Betroffen sind insbesondere die weißrussische Luftfahrt, die Tourismusbranche sowie unzählige Unternehmen und Körperschaften, darunter die Automobilhersteller MAZ und BelAZ sowie das Energieunternehmen New Oil Company. Westliche Staaten werfen weißrussischen Behörden die Unterdrückung der Opposition und die Verletzung der Menschenrechte vor. Das schlechte Verhältnis zwischen den NATO-Staaten und Weißrussland führte im Laufe des letzten Jahres zu militärischen Spannungen in der Region. Auch dies war Thema des Gesprächs zwischen Lukaschenko und Putin. Der weißrussische Präsident bat seinen russischen Kollegen, die Zusammenarbeit im Militärbereich und in der Verteidigungsindustrie zu intensivieren. Beinahe klang es so, als wäre dieses Angebot die weißrussische Gegenleistung für die russische Hilfe bei der Überwindung der Sanktionen.

"Egal, wie sich unsere Beziehung entwickelt, wir werden nicht in der Kreide stehen. Ich denke, wir können noch viel tun. Und ich habe Sie seit langem gebeten, unsere Zusammenarbeit im militärischen Bereich, in der Verteidigungsindustrie und im militärisch-

industriellen Komplex nicht einzustellen", sagte Lukaschenko zu Putin. "Ich habe Sie gebeten, unsere gemeinsamen Übungen nicht einzustellen und weiterhin Zentren zu schaffen, in denen unsere Jungs an neuer militärischer Ausrüstung, die wir aus Russland kaufen, ausgebildet werden", so Lukaschenko weiter.

Der russische Präsident teilte daraufhin mit, dass die nächsten gemeinsamen Militärübungen in wenigen Monaten stattfinden: "Wie Sie vorgeschlagen haben, werden wir sie abhalten, die Militärs werden sich darauf einigen – im März oder im Februar".

Putin wies auf den Zuwachs im bilateralen Handel und auf Fortschritte in der Entwicklung des Unionsstaates Russland und Weißrussland im zu Ende gehenden Jahr hin.

"Im Pandemiejahr 2020 hatten wir leider einen Umsatzrückgang von fast 17 Prozent. Aber in diesem Jahr gibt es einen Zuwachs von fast 36 Prozent. Wir haben also das, was wir verloren haben, ausgeglichen und den Zuwachs fast verdoppelt", sagte Putin.

Der russische Präsident erinnerte daran, dass 28 Programme für die Entwicklung des Unionsstaates Russland und Weißrussland verabschiedet wurden, um die Wirtschaft der beiden Staaten anzukurbeln. Die Programme befassen sich insbesondere mit finanz-, zoll- und steuerrechtlichen Maßnahmen. Ein weiterer wichtiger Schritt für die Entwicklung der Wirtschaft beider Länder sei die Zulassung weißrussischer Unternehmen zu staatlichen Aufträgen in Russland gewesen.

Nach Einschätzung des weißrussischen Außenpolitikers und Parlamentsabgeordneten Oleg Gaidukewitsch fand 2021 nach vielen Jahren Stillstand ein "Durchbruch" in der russisch-weißrussischen Integration statt. Diese Entwicklung sei den Bedingungen des "hybriden Krieges" zu verdanken, der "gegen die beiden Länder geführt wird".

"Russland und Weißrussland haben begonnen, die Integration mehr zu schätzen und zu erkennen, dass sie gemeinsam stärker sind", zitiert die russische Internetzeitung Gazeta.ru den Abgeordneten.

Der Westen habe seine Kräfte eingesetzt, um einen Machtwechsel in Weißrussland herbeizuführen, so der Politiker weiter. Das sei ein Zeichen dafür, wie wichtig Weißrussland für den Westen sei. "Aber gemeinsam sind wir stärker. Mit der Unterzeichnung der 28 Integrationsprogramme erhielten die Beziehungen eine echte Bedeutung. Auch das nächste Jahr wird in Sachen Integration recht erfolgreich sein", prognostizierte er.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61ccb37ab480cc1a0634a288.jpg>

wpered.su: Eine KPRF-Delegation überreichte Kindern in Alexandrowka Neujahrsgeschenke

Am 27. Dezember besuchte eine Delegation der Kommunistischen Partei der RF unter Leitung von Kasbek Tajsajew die frontnahe Ortschaft Alexandrowka, wo in einer Schule ein Neujahrskonzert stattfand. Dies berichtet ein Korrespondent von „Wperjod“.

Die russischen Kommunisten gratulierten den Kindern zum bevorstehenden Neuen Jahr und überreichten ihnen süße Geschenke. Bei dem Besuch wurde die Delegation der KPRF vom Ersten Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow und Vertretern der Bezirksorganisation des Petrowskij-Bezirks unter Leitung von Nelli Taraban begleitet.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2021/12/Aleksandrovka-1024x576.jpg>

de.rt.com: **China investiert in Big Tec: Unabhängigkeit bei der Chip-Produktion angestrebt**

Die chinesische Regierung setzt auf einheimische Technologieunternehmen, um "unabhängig" zu werden. Sie hat sich außerdem zum Ziel gesetzt, die weltweite Führung bei der Produktion von Mikroprozessoren zu übernehmen, um ihr Land zu einer Wirtschaftssupermacht zu machen.

In ihrem Bestreben, eine "technologische Supermacht" zu werden, will die regierende Kommunistische Partei Chinas ihr drei Jahre altes Chipunternehmen T-Head zu einem Entwickler von Prozessorchips machen, der in der Lage ist, den heimischen Halbleiterbedarf zu decken.

T-Head hat im Oktober bereits seinen dritten Prozessor vorgestellt – den Yitian 710 für das Cloud-Computing-Geschäft von Alibaba. Der Halbleiter-Hersteller wurde von MarketWatch mit der Aussage zitiert, dass es derzeit keine Pläne für den Export des Chips in andere Länder habe. Sein erster Chip, der Hanguang 800, der für künstliche Intelligenz entwickelt wurde, wurde im Jahr 2019 vorgestellt. Der zweite, der XuanTie 910, wurde für selbstfahrende Autos entwickelt.

Neben T-Head planen auch andere chinesische Tech-Unternehmen, darunter der Spiele- und Social-Media-Gigant Tencent und der Smartphone-Hersteller Xiaomi, Milliardeninvestitionen, um die offiziellen Pläne der Regierung zu unterstützen, die Volksrepublik im Bereich der Chip-Produktion unabhängig zu machen.

Auf China entfallen derzeit 23 Prozent der weltweiten Halbleiterproduktion, jedoch nur 7,6 Prozent des Umsatzes. Obwohl chinesische Fabriken eine Vielzahl von technologischen Produkten herstellen, ist das Land stark von Technologien aus den USA, Europa, Japan, Taiwan und Südkorea abhängig. Chips sind Chinas größte Importware, die sogar Erdöl übertrifft und im vergangenen Jahr mehr als 300 Milliarden US-Dollar ausmachte. Peking möchte diese Abhängigkeit beenden, insbesondere nachdem Chinas erste globale Tech-Marke Huawei im Jahr 2018 aufgrund der Sanktionen Washingtons von US-Technologien abgeschnitten wurde.

Anfang des Jahres erklärte der chinesische Präsident Xi Jinping: "Eigenständigkeit ist die Grundlage für die chinesische Nation."

Er rief dazu auf, China zu einer "technologischen Supermacht" zu machen, um die "nationale wirtschaftliche Sicherheit" zu gewährleisten.

Prozessorchips sind entscheidend für die Herstellung von Produkten wie Smartphones, Haushaltsgeräten und sogar Fahrzeugen. Im vergangenen Jahr kam es aufgrund der Einschränkungen im Kampf gegen COVID-19 zu Engpässen in der weltweiten Chipherstellung, was zu Produktionsverzögerungen und Fabrikschließungen führte.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61cc32bab480cc18333519bd.jpg>

snanews.de: **Kiew will Impfungen mit Sputnik V im Donbass nicht anerkennen**

Kiew wird laut der ukrainischen Ministerin für Reintegration der vorübergehend besetzten Gebiete, Iryna Wereschtschuk, die Impfung von Donbass-Einwohnern mit dem russischen Corona-Impfstoff Sputnik-V nicht anerkennen.

„Wir erkennen den russischen Impfstoff nicht an und werden ihn nicht anerkennen. Wir haben die Möglichkeit, unsere Bürger an Kontrollpunkten impfen zu lassen. Sie können kommen und sich impfen lassen. Die Anerkennung von Sputnik V oder Sputnik Light steht nicht zur Debatte“, sagte Wereschtschuk bei einem Briefing am Mittwoch.

Zuvor hatte der Pressesprecher der Kiewer Delegation in der trilateralen Kontaktgruppe zu Donbass, Alexej Arestowitsch, verkündet, dass die russische Seite von der Ukraine verlange, die Impfungen mit Sputnik V in den selbsterklärten Republiken, Donezk und Lugansk, anzuerkennen. Nur unter dieser Bedingung würden die Kontrollpunkte im Donbass geöffnet. Auf Beschluss von Kiew gibt es seit 2015 zwischen den Gebieten Donezk und Lugansk und der restlichen Ukraine Kontrollpunkte. OSZE-Beobachter behaupten, dass die Verkehrs- und Wirtschaftsblockade zu einer humanitären Katastrophe in der Region führe. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/17/4431463_0:127:3191:1922_1920x0_80_0_0_02f73b4ae65f42f76acd77ef11aeb35d.jpg

de.rt.com: **Kiew beobachtet "keine große Ansammlung russischer Truppen" an der Grenze zur Ukraine**

Der Sekretär des ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsrates Alexei Danilow gab ein Dementi über eine bevorstehende russische Invasion: Dafür würde man das Vielfache an Truppen benötigen. Bereits zu Beginn der westlichen Medienkampagne sprach er von einer "bewussten Desinformation der gesamten Gesellschaft".

Kiew beobachtet keine große Ansammlung russischer Truppen an der Grenze zur Ukraine, so der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates (SNBO), Alexei Danilow. Das sagte er in einem Interview, das am Mittwoch vom staatlichen US-Fernsehsender Current Time veröffentlicht wurde. Er betonte:

"Wir beobachten keine große Ansammlung von russischen Truppen. Es gibt einige Truppenbewegungen, aber das ist für uns nicht entscheidend. Für eine groß angelegte Invasion brauchen wir mindestens die drei-, vier- oder fünffache Anzahl – viel mehr als wir derzeit haben."

Gleichzeitig wies Danilow darauf hin, dass die Gefahr einer Invasion durch russische Truppen nach wie vor bestehe. Der SNBO-Sekretär betonte, dass die Ukraine "über genügend Waffen verfügt, um dem Feind zu begegnen". Er zählte 261.000 Soldaten der regulären Armee, eine Million Reservisten und Millionen weiterer Bürger, die bereit wären, das Land mit Waffen zu verteidigen.

Darüber hinaus, so Danilow, erhält das Land regelmäßig militärische Unterstützung von den USA und anderen Partnern. Gleichzeitig machte er deutlich:

"Aber im Falle einer Verschlimmerung werden wir viel mehr davon brauchen. Und alle Partner haben uns zugesagt, dass sie dies unverzüglich tun werden. Wir möchten aber, dass mehr militärische Hilfe geleistet wird."

Vor allem in westlichen Ländern wurden in letzter Zeit Behauptungen über eine mögliche russische Invasion in der Ukraine laut. Eine Reihe von US-Beamten und Kongressabgeordneten drohten Russland in diesem Fall mit "noch nicht dagewesenen Sanktionen". Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, bezeichnete diese Informationen als eine leere und unbegründete Eskalation der Spannungen.

Er betonte, dass Russland keine Bedrohung für irgendjemanden darstelle. Gleichzeitig schloss Peskow die Möglichkeit von Provokationen nicht aus, um solche Erklärungen zu rechtfertigen. Er warnte, dass Versuche, die Krise im Südosten der Ukraine mit Gewalt zu lösen, schwerste Folgen haben würden.

Das Interview mit dem ukrainischen hochrangigen Beamten Danilow fand vor der Kulisse einer diplomatischen und militärischen Anspannung zwischen Russland und dem Westen statt. So will der US-Präsident Joe Biden angesichts dieser Lage am Donnerstag mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin telefonieren. Das teilte der Nationale Sicherheitsrat des Weißen Hauses am Mittwoch mit.

In seiner Erklärung hieß es auch, dass Washington "weiterhin umfangreiche diplomatische Bemühungen" mit den europäischen Verbündeten und Partnern unternimmt. Geplant sind Beratungen und Abstimmungen "über ein gemeinsames Vorgehen als Reaktion auf Russlands militärische Aufrüstung an der Grenze zur Ukraine".

Die Medienkampagne über den angeblichen russischen Truppenaufmarsch ist auf einen Artikel der Washington Post vom 30. Oktober zurückzuführen, als die US-Zeitung unter Verweis auf anonyme Quellen vermeldete, es gebe eine neue Ansammlung russischer Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze. Seitdem ist stets von einer Gefahr einer russischen Invasion in der Ukraine die Rede.

Es ist allerdings bemerkenswert, dass ausgerechnet ukrainische Behörden sich darum bemüht haben, trotz der anhaltenden anti-russischen Medienkampagne im Land, diese Meldungen zu dementieren – mit dem SNBO-Chef Alexei Danilow vorn mit dabei. Über die ersten Meldungen der US-Presse sagte dieser am 2. November:

"Es findet eine bewusste Desinformation der gesamten Gesellschaft statt. Oder anders ausgedrückt: Das, was sie dort schreiben, entspricht nicht der Realität. Wir beobachten alle Vorgänge, das ist Desinformation und wir verstehen nicht, warum sie das tun."

Danilow wies auf die vom Magazin Politico veröffentlichte Satellitenbilder hin:

"Vor zwei Wochen befanden sich die russischen Truppen in denselben Stellungen wie heute, wie die Bilder aus dem All belegen. Lassen Sie sie Bilder zeigen, die vor einem Monat, vor zwei Wochen dort waren – Sie werden die gleichen Bilder sehen", stellte er klar.

Ähnlich äußerte sich Danilow auch im Interview mit der französischen Nachrichtenagentur AFP, das am 25. Dezember veröffentlicht wurde. "Eine drohende russische Invasion in der Ukraine ist derzeit unwahrscheinlich", so der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates. Bisher sei keine kritische Aufstockung der russischen Truppen an der gemeinsamen Grenze festgestellt worden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61ccd59eb480cc1a123f3be5.jpg>

snews.de: **US-Luftwaffe fliegt ersten Aufklärungseinsatz über Ostukraine**

Die US-Luftwaffe hat einen ersten Aufklärungseinsatz über der Ostukraine nahe der Grenze zu Russland geflogen. Wie der US-Nachrichtensender CNN am Mittwoch unter Berufung auf das Europa-Kommando der US-Streitkräfte (EUCOM) berichtete, fand der Flug vor zwei Tagen statt.

„Eine JSTARS-Maschine hatte am 27. Dezember zum ersten Mal Daten im Luftraum der Ukraine erfasst“, zitierte ein CNN-Reporter einen EUCOM-Vertreter im Kurznachrichtendienst Twitter.

Weitere Details des Einsatzes sind bisher nicht bekannt.

Bei dem Flugzeug Northrop Grumman/Boeing E-8 Joint STARS (Joint Surveillance Target Attack Radar System) handelt es sich um einen Komplex zur Fernüberwachung und Zielzuweisung, zur Ortung und Klassifizierung von Bodenzielen rund um die Uhr bei beliebigen Wetterbedingungen sowie zur Koordinierung von Kampfhandlungen und zum bilateralen Austausch von Daten mit Bodentruppen in Echtzeit.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/1d/4847518_0:93:1095:709_1920x0_80_0_0_3b7dc1a622502aa025ad67bc06f3c286.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 29. Dezember 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 29. Dezember 3:00 Uhr bis 30. Dezember 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft **Oserjanowka**.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 15.

deu.belta.by: Putin: Unionsstaat machte im Jahr 2021 wesentlichen Schritt nach vorn

Der Unionsstaat hat im Jahr 2021 einen großen Schritt nach vorn gemacht, erklärte der russische Präsident Wladimir Putin gestern in St. Petersburg bei einem Treffen mit dem belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko.

"Meiner Meinung nach waren die gestrigen Treffen (Es geht um einen informellen GUS-Gipfel am 28. Dezember, Red.) sehr produktiv. Wir haben in vielen Bereichen über die Entwicklung der Beziehungen zu den GUS-Ländern gesprochen. Heute haben wir die Gelegenheit, in aller Ruhe über die bilateralen Beziehungen zwischen Russland und Belarus und die Ergebnisse des Aufbaus des Unionsstaates zu sprechen. In diesem Jahr haben wir bei der Koordinierung unserer Positionen in den wichtigsten Bereichen einen großen Schritt nach vorn gemacht", betonte Wladimir Putin.

Der russische Präsident erinnerte daran, dass die beiden Seiten 28 Unionsprogramme zur Förderung der Integration unterzeichnet haben. Ihm zufolge spielen diese Dokumente für beide Länder "eine Schlüsselrolle, die vielleicht nicht auf den ersten Blick erkennbar ist. Aber sie sind für den Aufbau moderner internationaler und gleichzeitig engerer Integrationsprozesse wesentlich".

"Das sind vor allem solche Bereiche wie Finanzen, Steuern, Zoll und Steuerrecht. Das ist sehr

wichtig und wird bessere Bedingungen für die Entwicklung der Volkswirtschaften beider Länder schaffen", sagte der russische Staatschef.

Er stellte fest, dass der belarussisch-russische Handelsumsatz im Jahr 2020 aufgrund der Pandemie um fast 17% gesunken, während er in diesem Jahr um 36% gestiegen sei. "Das heißt, wir haben alles, was wir im letzten Jahr verloren haben, wieder aufgeholt und noch dazugewonnen", so Wladimir Putin.

Der russische Präsident erklärte, dass beide Seiten ernsthafte Pläne für eine Zusammenarbeit skizziert haben, und dankte Alexander Lukaschenko für eine konsequente Unterstützung der Integrationsprozesse mit Russland. "Ich hoffe, dass wir im kommenden Jahr 2022 ebenso produktiv zusammenarbeiten werden", fasste er zusammen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1640846332_59377_big.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 30. Dezember um 9:00 Uhr 21.479 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 325 Personen sind derzeit erkrankt, 18.088 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 3066 Todesfälle.

snanews.de: **Als viertes Land Lateinamerikas: Mexiko lässt kubanischen Corona-Impfstoff Abdala zu**

Als viertes Land Lateinamerikas hat Mexiko einen der in Kuba entwickelten Impfstoffe gegen das Coronavirus zugelassen. Dem Vakzin Abdala, das bisher nicht von der Weltgesundheitsorganisation WHO anerkannt ist, wurde eine Notfallzulassung erteilt. Abdala erfülle die Anforderungen an Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit, teilte die zuständige mexikanische Behörde am Mittwoch nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur mit. In Mexiko ist Abdala bereits der zehnte zugelassene Impfstoff.

Das Land mit etwa 126 Millionen Einwohnern hat weltweit die fünfthöchsten Todesfälle in der Pandemie gemeldet. Seit Beginn der Pandemie wurden dort nach WHO-Angaben mehr als 3,95 Millionen Corona-Infektionen und knapp 299.000 Todesfälle registriert.

Abdala aus der Produktion des Centro de Ingeniería Genética y Biotecnología (CIGB) in Havanna war in Kuba als erster in Lateinamerika entwickelter Corona-Impfstoff zugelassen worden. Die Technologie beruht laut SNA-Angaben auf einem bestehenden Impfstoff – in diesem Fall eines gegen Hepatitis B, das Kuba ebenfalls selbst entwickelt hat und seit vielen Jahren einsetzt.

Seitdem wurde das Vakzin unter anderem auch in Vietnam, Venezuela und Nicaragua zugelassen. Im August ließ Kuba zwei weitere selbst entwickelte Vakzine zu. Soberana 02 und Soberana Plus, die ebenfalls bislang nicht von der WHO anerkannt sind, werden in

Kombination miteinander verabreicht. Rund 86 Prozent der Kubaner sind nach offiziellen Angaben mit den einheimischen Präparaten vollständig geimpft worden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/1e/4848543_0:186:3071:1913_1920x0_80_0_0_1018a24f3061f34ab5a5844d32d0bc5b.jpg

Mzdnr.ru: Am 29. Dezember wurden in der DVR 697 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 126 positiv, bei 98 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 48 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 2 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 35 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 737 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 588 mit Sauerstoffunterstützung (+18 in den letzten 24 Stunden).

Am 30. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 118.831 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2076 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 107.513 als gesund entlassen, es gibt 9242 Todesfälle.

nachmittags:

snanews.de: **Selenski verbietet zwei Oppositionssender – Rada-Abgeordneter spricht von Gesetzlosigkeit**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenski hat erneut zwei oppositionsnahe Fernsehsender schließen lassen. Der Abgeordnete der Werchowna Rada (Parlament der Ukraine) von der Partei „Oppositionsplattform pro Leben“ Juri Sagorodni verurteilte den Schritt und warf Selenski eine Verletzung von neun Verfassungsartikeln durch die Sanktionen vor.

Wie das Präsidialbüro in Kiew mitteilte, dürfen die beiden Sender Uklive.tv und Perwij Nesawissimij auf Präsidentendekret nicht mehr auf Sendung gehen. Die Partei „Oppositionsplattform für das Leben“ sprach am Mittwoch von einem weiteren Angriff Selenskis auf die Meinungsfreiheit.

Hinsichtlich der Entscheidung des ukrainischen Präsidenten äußerte sich Sagorodni dahingehend, dass die Verhängung von Sanktionen gegen die Fernsehsender eine weitere Bestätigung der Gesetzlosigkeit in der Ukraine sei. Gestern, als er den Erlass von Selenski und die Ergänzung dazu gelesen habe, habe er sogleich die Verfassung geöffnet und eine Verletzung von neun Artikeln festgestellt.

Nach Sagorodnis Ansicht hat Selenski dadurch das Recht auf Rede- und Arbeitsfreiheit von Journalisten sowie den Amtseid des Präsidenten verletzt, wonach er verpflichtet ist, die Redefreiheit zu schützen.

Die Partei geht davon aus, dass dieser Schritt ein Schlusstrich bei der Umwandlung der Ukraine in einen Polizeistaat, „der Errichtung einer Diktatur im Land“ sei.

Einer der Miteigentümer der Sender, der Parlamentsabgeordnete Nestor Schufrytsch von der „Oppositionsplattform für das Leben“, kündigte an, gegen die Entscheidung vorgehen zu wollen. Die von Selenski verhängten Sanktionen sollen demnach für fünf Jahre gelten.

Frühere Sanktionen gegen Nachrichtensender

Selenski hatte ungeachtet breiter Kritik schon im Februar drei Oppositions-Nachrichtensender verbieten lassen, die als Sprachrohr der im Osten und Süden des Landes verankerten „Oppositionsplattform für das Leben“ galten.

Betroffen waren demnach die Sender „112“, „NewsOne“ und „ZIK“ des oppositionellen Politikers Tarass Kosak von der Partei „Oppositionsplattform pro Leben“. Zur Verteidigung hatte Selenski damals auf Twitter geschrieben, dass der Kampf für die Unabhängigkeit „ein Kampf im Informationskrieg für die Wahrheit und die europäischen Werte“ sei.

Die Oppositionspartei hatte den Erlass des Präsidenten als Ausdruck einer Diktatur und von Diskriminierung in der Ukraine verurteilt. Die Sender hatten das Verbot als „Abrechnung mit unliebsamen Medien“ bezeichnet. Ukrainische Journalistenvertreter ihrerseits hatten von einem „Angriff auf die Meinungsfreiheit“ gesprochen.

Im August ist unter anderem die einflussreiche oppositionelle Nachrichtenseite strana.ua gesperrt worden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/1e/4850234_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_468ed587d0c51295b4509ffb61f89230.jpg

de.rt.com: Hamas verurteilt Treffen: Israels Verteidigungsminister Gantz empfängt Abbas in Tel Aviv

Erstmals seit Jahren wurde Palästinenserpräsident Abbas von einem Vertreter der israelischen Regierung empfangen. Beamte der Hamas und des Islamischen Dschihad in dem von der Außenwelt abgeschnittenen Gazastreifen verurteilten das Treffen von Abbas mit dem israelischen Verteidigungsminister Gantz.

Vor dem Hintergrund der jüngsten heftigen Gefechte zwischen israelischen Siedlern und Palästinensern im israelisch besetzten Westjordanland ist Palästinenserpräsident Mahmud Abbas erstmals seit Jahren von einem Vertreter der israelischen Regierung empfangen worden. Der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz traf Abbas am 29. Dezember in seinem Privathaus, um über eine bessere Zusammenarbeit zwischen der Regierung in Tel Aviv und der Palästinensischen Autonomiebehörde zu sprechen. Das Treffen zwischen Gantz und Abbas dürfte von Premierminister Naftali Bennett abgesegnet worden sein.

Die beiden Politiker waren bereits im August im Westjordanland zusammengekommen. Im Rahmen der bilateralen Gespräche in Tel Aviv erkannte Gantz nach Ministeriumsangaben unter anderem den Status von 6.000 Palästinensern im Westjordanland sowie von 3.500

Palästinensern im Gazastreifen "auf humanitärer Basis" an.

Eine Legalisierung des Aufenthaltsstatus von Palästinensern wird zwar seitens der Palästinensischen Autonomiebehörde bearbeitet. Das Problem besteht aber darin, dass allein Israel den Status der Palästinenser genehmigen kann. Die israelischen Behörden entscheiden nämlich, wer, wann und wie viele palästinensische Familien Anspruch darauf haben, einen Aufenthaltsstatus in den 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebieten zu erhalten. Die Weiterleitung von umgerechnet rund 28 Millionen Euro an Steuern an die Palästinenserbehörde, die Israel einbehalten hatte, soll nach dem Treffen in Tel Aviv auch vorangetrieben werden. Zudem erhielten weitere 500 Geschäftsleute Genehmigungen für die Einreise nach Israel mit ihren Autos.

Während des Treffens sagte eine palästinensische Quelle gegenüber der israelischen Zeitung Haaretz, Abbas hätte Ramallah nicht verlassen und wäre nicht ins Privathaus des israelische Verteidigungsministers gekommen, wenn er lediglich das Ziel gehabt hätte, mehr Reisepässe für die Palästinenser und Dutzende Millionen Schekel zu besorgen, die eigentlich palästinensisches Geld sind.

Wie Al Jazeera berichtete, glauben Beobachter, dass der Druck der USA auf die israelische Regierung, "Fortschritte oder zumindest einen Hinweis auf die Bereitschaft Israels zu Gesprächen mit den Palästinensern zu demonstrieren", wahrscheinlich der Grund für das Treffen gewesen sei.

Beamte der Hamas und des Islamischen Dschihad im belagerten Gazastreifen verurteilten das Treffen von Abbas mit Gantz. Hamas-Sprecher Hazem Kassem nannte es "einen Messerstich in den Rücken" und einen Verrat an der palästinensischen Sache.

Der Islamische Dschihad erklärte, das Treffen habe die unangemessene Rolle der Palästinensischen Autonomiebehörde bei der Erfüllung der Gebote Israels deutlich gemacht sowie gezeigt, wie die Anführer der Palästinensischen Autonomiebehörde sich "auf Kosten der Rechte des palästinensischen Volkes" aus der eigener Krise zu befreien suchen.

Die Führung der Palästinenser ist im Westjordanland derzeit gelähmt. Im Alleingang hatte Präsident Abbas vor dem Ausbruch der letzten bewaffneten Auseinandersetzungen die Parlamentswahlen abgesagt, um der Hamas die Möglichkeit zu nehmen, sich auf diesem Wege mehr Legitimität zu verschaffen. Seither regt sich Widerstand gegen ihn. Die Hamas tritt seit dem Gewaltausbruch in Jerusalem und der letzten Runde im Konflikt mit den israelischen Streitkräften im Mai 2021 als Beschützerin der Araber auf. Die Bewegung schafft derzeit eine enge Verbindung zwischen Gaza und Ostjerusalem.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61cd883848fbef1ba9116a4a.jpg>

snanews.de: **Iran startet erfolgreich drei Satelliten ins All – IRNA**

Der Iran hat eine Trägerrakete des Typs Simorgh (Phönix) mit drei Satelliten an Bord erfolgreich ins All gestartet, wie die staatliche Agentur IRNA unter Verweis auf den Sprecher

des Verteidigungsministeriums, Ahmad Hosseini, am Donnerstag mitteilte. Demnach hat die Rakete die Satelliten in eine Umlaufbahn von 470 Kilometern Höhe gebracht.

Wie es weiter heißt, sollen die Satelliten unter anderem Daten zu Wetter und Landwirtschaft liefern und verfolgen keine militärischen Ziele. Dies sei eine große Errungenschaft für die Islamische Republik, so der Sprecher laut der Agentur. Weitere Details gab er nicht bekannt.

Simorgh-Trägerrakete

Die in der Grundversion zweistufige Rakete hat eine Höhe von 27 Metern und eine Startmasse von 87 Tonnen. Die erste Stufe weist einen Durchmesser von 2,5 Metern auf. Die Rakete soll einen Satelliten von 250 Kilogramm in eine Umlaufbahn von 500 Kilometern Höhe bringen können.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/1e/4850934_0:317:3036:2025_1920x0_80_0_0_b26513be5c091f6f48e3c37670003fbd.jpg

lug-info.com: Die Preise für kommunale Dienstleistungen (Strom, Wasser, Wärme) sowie Wohnungsdienstleistungen werden in der LVR zum 1. Januar 2022 erhöht. Insgesamt darf der Betrag für diese Dienstleistungen nicht mehr als 15% des Monatseinkommens einer Familie betragen. Sollte dies der Fall sein, gibt es Kompensationszahlungen.

deu.belta.by: **Russland unterstützt internationale Ermittlungen wegen Misshandlung von Flüchtlingen in Polen**

Das Außenministerium der Russischen Föderation teilt das Ziel von Minsk, eine internationale Untersuchung von Misshandlungen der Flüchtlinge in Polen einzuleiten. Das sagte die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa heute bei einem Pressebriefing.

„Wir teilen die Entschlossenheit von Minsk, ein internationales Ermittlungsverfahren wegen Misshandlung der Flüchtlinge an der Grenze zu beginnen. Anstoß für diese Untersuchung gaben die Ereignisse vom 16. November, als die polnischen Streitkräfte an der Grenze zu Belarus giftige Chemikalien versprühten, wodurch 132 Flüchtlinge, darunter 23 Kinder, Verätzungen und Lungenverletzungen erlitten“, sagte Maria Sacharowa. „Wir möchten unsere westlichen Partner einfach fragen: Wo steht es bitte geschrieben, dass ein solcher Umgang erlaubt ist? In welchen UN-Richtlinien oder NATO-Vorschriften? Vielleicht gibt es irgendwelche zusätzliche Interpretationen? Oft, wenn internationale Abkommen geschlossen werden, werden auf nationaler oder regionaler Ebene zusätzliche Auslegungen oder Deutungen dokumentiert. Vielleicht können sie uns diese uns unbekanntenen Passagen zeigen?“ Sacharowa warf der EU und zuständigen internationalen Organisationen in dieser Situation eine Schweige-Taktik vor: „Hier gilt es nicht zu schweigen, sondern Täter zu verurteilen und

zu bestrafen. Die EU tut so, als ob nichts Besonderes geschieht.“

Gegen Flüchtlinge habe Polen Sonderfahrzeuge, Hunde, Tränengas und Wasserwerfer eingesetzt, so Sacharowa. Alle Fälle brutaler Behandlung von Migranten durch polnische Grenzsoldaten und das Militär wurden von den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und des Europarats sowie von der EU-Agentur Frontex dokumentiert.

Die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums sagte, dass das Bekenntnis des polnischen Soldaten Emil Czezko, der in Hoffnung auf Asyl nach Belarus übergelaufen war, unbedingt geprüft werden sollen. „Seine Aussagen zur Beteiligung des polnischen Militärs an der Tötung von Flüchtlingen sind sehr ernst zu nehmen und bedürfen sicherlich einer gründlichen internationalen Untersuchung“, betonte Maria Sacharowa.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1640869463_59387_big.jpg

snanews.de: **Kritik an Auflösung von Memorial: Russlands Außenministerium wirft Westen Respektlosigkeit vor**

Mehrere westliche Länder zeigen laut dem Beauftragten für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit des russischen Außenministeriums, Grigorij Lukjantsew, Respektlosigkeit gegenüber dem russischen Justizsystem, indem sie die gerichtlich angeordnete Auflösung der Menschenrechtsorganisation Memorial kritisieren.

„Das ist Respektlosigkeit gegenüber unserem nationalen Rechts- und Justizsystem, es ist unabhängig und wir üben keinen Druck auf Entscheidungen aus. Das Gericht hat diese Entscheidung nach russischem Recht getroffen“, sagte Lukjantsew.

Er betonte, dass Russland trotz der negativen Reaktion auf die Auflösung von Memorial von seiner eigenen Gesetzgebung, dem Prinzip der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit ausgehe.

Am Dienstag hat das oberste Gericht Russlands das Aus für die Menschenrechtsorganisation Memorial wegen Verstößen gegen mehrere russische Gesetze angeordnet. Jan Ratschinski von der Memorial-Leitung hat in dieser Hinsicht angekündigt, gegen das Urteil vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vorzugehen. Dafür habe man nun 30 Tage Zeit. Das Auswärtige Amt in Berlin hatte die Gerichtsentscheidung verurteilt und als „mehr als unverständlich“ bezeichnet. Die Entscheidung widerspreche „internationalen Verpflichtungen zum Schutz grundlegender Bürgerrechte, die auch Russland eingegangen ist“, heißt es in einer Mitteilung vom Dienstagabend.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hatte gesagt, das Vorgehen mache „fassungslos“.

Die Stiftung Topographie des Terrors und weitere deutsche Erinnerungsorte und Gedenkstätten zeigten sich zuletzt in einer Resolution solidarisch mit Memorial. Die Institution sei wichtig für die deutsch-russischen Beziehungen. „Vor allem die historische Aufarbeitung und dabei besonders die in der Sowjetunion verübten nationalsozialistischen

Verbrechen stehen immer wieder im Fokus der Arbeit“, hieß es in der Resolution. Memorial habe „unermüdlich für die Entschädigung von sowjetischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern gekämpft“.

Russische Menschenrechtsorganisation Memorial

Die russische Justiz wirft dem Internationalen Zentrum Memorial und dessen Strukturen in Russland Verstöße gegen die Verfassung und sonstige russische Gesetze, darunter gegen „das Gesetz über ausländische Agenten“ vor. Die Organisation lehnt es ab, sich als „ausländischer Agent“ zu bezeichnen.

Die Staatsanwaltschaft hat dem Memorial-Menschenrechtszentrum in einem abgetrennten Verfahren unter anderem Intransparenz bei den Finanzen vorgeworfen. Die Organisation hat ihrerseits die Vorwürfe zurückgewiesen und politische Verfolgung beklagt.

Die 1987 gegründete Gesellschaft Memorial sprach von einer „politischen Entscheidung“ ohne Rechtsgrundlage. Das Ziel sei die „Zerstörung einer Organisation, die sich mit der Geschichte politischer Repressionen und mit dem Schutz der Menschenrechte befasst“, betonte Memorial.

Das russische Gesetz über ausländische Agenten war im Dezember 2020 verabschiedet worden. Demnach werden natürliche Personen und nicht eingetragene politische Nichtregierungsorganisationen als ausländische Agenten eingestuft, falls ihre politischen Aktivitäten aus dem Ausland finanziert werden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e4/0c/01/46348_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_fb8a95dff32cf80c9963e0e99732c2e6.jpg

snnews.de: US-Aufklärungsjet gefährdet zivilen Luftverkehr über Schwarzem Meer

Ein Aufklärungsflugzeug vom Typ Boeing RC-135 der US Air Force ist Medienberichten zufolge am heutigen Donnerstag im Luftraum über dem Schwarzen Meer ungewöhnlich nah an einer weißrussischen Passagiermaschine vorbeigeflogen. Dies ist einer von mehreren Fällen der Gefährdung des zivilen Luftverkehrs durch Militärflugzeuge der Nato.

Das amerikanische Flugzeug sei ohne Kontakt zur Luftsicherung im Aufklärungseinsatz gewesen und habe sich dabei einer Boeing 737 der belarussischen Fluggesellschaft Belavia genähert, berichtet „Military Columnist“ mit Verweis auf den Flugtracker „flightradar 24“. Der Abstand zwischen den beiden Maschinen sei mit etwas mehr als 1.000 Metern kurzzeitig zu gering gewesen.

In letzter Zeit mehren sich Berichte über Gefährdungen des zivilen Luftverkehrs über dem Schwarzen Meer durch militärische Flugzeuge der Nato. Das russische Außenministerium kritisierte erst kürzlich das teils provokative und gefährliche Vorgehen der amerikanischen Luftwaffe in der Schwarzmeerregion. Anfang Dezember habe erst eine Boeing RC-135 die Flugbahn eines russischen Flugzeugs gekreuzt, dann durchquerte ein Aufklärer vom Typ Bombardier CL-650 die Flugbahn eines maltesischen Verkehrsflugzeugs. Ähnliche Vorfälle

wurden auch im Oktober registriert.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/1e/4851975_0:11:551:320_1920x0_80_0_0_e5b936cc9a47b37d8e013cf39c19198c.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 30.12.2021**
In den letzten 24 Stunden haben Kämpfer der 95. Brigade **einmal den Komplex von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung in Richtung Gorlowka **verletzt** und das Feuer von den Positionen im Gebiet von Troizkoje aus auf **Oserjanowka** eröffnet und dabei 15 Granaten abgefeuert.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben ukrainische Kämpfer der 56. Panzergrenadierbrigade drei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Karlowka stationiert.

Außerdem wurde auf den ehemaligen Positionen der ukrainischen Streitkräfte am Abschnitt zur Trennung von Kräften und Mitteln „Petrowskoje“ ein Kämpfer der 53. mechanisierten Brigade bemerkt.

Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission Nr. 304 vom 29.12.2021 bestätigt.

Im Vorfeld der Neujahrs- und Weihnachtsfeiertage erfolgt der moralische Verfall der ukrainischen Kämpfer mit beschleunigtem Tempo.

In diesem Zusammenhang stellen wir weiter eine **Zunahme der Fälle von Desertion** durch Soldaten in der OOS-Zone fest.

So haben am 29. Dezember im Gebiet von Bogdanowka vier Soldaten des 2. mechanisierten Bataillons der 53. mechanisierten Brigade nach dem Trinken von Alkohol eigenmächtig die Positionen verlassen und beschlossen, ihre Familien zu besuchen und ihnen zum bevorstehenden neuen Jahr zu gratulieren. Die miesen Verteidiger kamen bis Mariupol, wo sie von einer Patrouille des militärischen Rechtsordnungsdienstes festgenommen und an die Militärkommandantur übergeben wurden. Die festgenommenen Soldaten lösten die Frage ihrer Freilassung mit dem in der Kommandantur diensthabenden Leutnant Tischtschenko, der ein Kriegsverbrechen beging und die Deserteure für eine symbolische Zahlung von 10.000 Griwna gehen ließ.

Aufgrund der geringen Personalausstattung der ukrainischen Armee schickt das Kommando der Brigade weiter unausgebildetes Personal in die Kampfzone. So sind vor drei Tagen zehn Kämpfer in der 95. Brigade eingetroffen, die einen Ausbildungskurs im 169. Ausbildungszentrum „Desna“ absolviert haben. Nach uns vorliegenden Informationen waren die eingetroffenen Kämpfer im Oktober dieses Jahres zum Militärdienst einberufen worden. Unmittelbar nach der Ablegung des Gelöbnisses wurden mit ihnen Verträge abgeschlossen und sie wurden zu Ausbildungskursen im Fachgebiet „Koch/Konditor“ geschickt. Im Zusammenhang mit dem Mangel an Fahrern hat das Kommando der 95. Brigade

entschieden, das Kochpersonal zum weiteren Dienst als Mechaniker/Fahrer in das mechanisierte Bataillon zu schicken.

Innerhalb von zwei Tagen haben diese Spezialisten auf ihren neuen Funktion einen Schützenpanzer betriebsunfähig gemacht.

Da er eine Untergrabung der Kampffähigkeit der Einheiten fürchtet, hat der Bataillonskommandeur beim Brigadekommando einen Antrag auf Ersatz dieser Soldaten durch Fachspezialisten gestellt, aber der Antrag wurde bisher nicht umgesetzt.

de.rt.com: **Telefonat zwischen Putin und Biden heute am späten Abend**

Am 30. Dezember um 21:30 Uhr MEZ soll im Vorfeld der verabredeten Konsultationen im Januar bezüglich gegenseitiger Sicherheitsgarantien und der Ukraine-Krise ein Telefonat zwischen den Präsidenten Russlands und der USA Wladimir Putin und Joe Biden stattfinden. Angesichts der angespannten Lage um die Ukraine-Krise soll am 10. Januar in Genf ein Treffen auf Diplomatenebene zwischen Russland und den USA stattfinden. Für den 12. Januar ist eine Sitzung des NATO-Russland-Rates geplant. Im Vorfeld dieser Beratungen will der russische Präsident Wladimir Putin mit dem US-Präsidenten Joe Biden heute noch telefonieren. Am 30. Dezember spätabends, um 21:30 Uhr MEZ, soll das Videotelefonat zwischen den Staatschefs auf Putins Initiative und ohne Pressevertreter stattfinden. Putin hatte vor diesem Gespräch nochmals zu einem konstruktiven Dialog zwischen beiden Ländern aufgerufen. Am Donnerstagmorgen kommentierte der Kremlsprecher Dmitri Peskow das bevorstehende Telefonat gegenüber Journalisten und betonte, die Präsidenten hätten viele Themen auf der Agenda. In erster Linie handele es sich um alle Fragen, die zwischen den Staatschefs während der Videokonferenz am 7. Dezember diskutiert wurden und die am 10. und 12. Januar weiter zu besprechen sein werden:

"Das Ziel des Gesprächs ist klar. Es besteht darin, die Diskussion der Themen fortzusetzen, die bereits im jüngsten Gespräch im Videoformat auf der Tagesordnung standen."

Der Sprecher des Präsidenten teilte mit, es sei für Putin kein Problem, dass das Gespräch erst um 23:30 Uhr Moskauer Zeit beginne. Der russische Präsident arbeite gewöhnlich noch aktiv zu dieser Zeit.

Auf die Frage, warum ein solches Telefonat im Vorfeld der umfassenden Beratungen nötig sei, erklärte Peskow:

"Denn es stehen sehr schwierige Themen auf der Agenda. Seit dem letzten Gespräch hat die russische Seite, wie von Präsident Putin versprochen, ihre Position klar formuliert und als Entwürfe für zwei Dokumente zusammengefasst, die sowohl Washington als auch einigen europäischen Hauptstädten zur Kenntnis gebracht wurden."

Putin habe dem Sprecher zufolge bei den Verhandlungen vor allem vor, einen Kompromiss zu erreichen. In Bezug auf die Vorwürfe der westlichen Staaten gegenüber Moskau unterstrich Peskow:

"Russland war nie für die Zuspitzung der Situation verantwortlich, schon gar nicht die primäre Quelle von Spannungen. Wir haben immer betont, dass Russland Schritte gemacht und Maßnahmen ergriffen hat, die notwendig sind, um seine Sicherheit zu gewährleisten, und wird das auch weiterhin tun. Wir sind auf ein Gespräch eingestellt, wir wollen dieses Gespräch. Wir glauben, dass die dringenden Probleme, die zwischen uns im Überfluss bestehen, ausschließlich durch Verhandlungen gelöst werden können."

Joe Biden stimmte zwar zu, dass nichts einen direkten Dialog zwischen den Staatsoberhäuptern ersetzen könnte und versprach, während des Gesprächs zu einer Entspannung durch diplomatische Wege aufzurufen, aber er warnte zugleich die russische Seite vor neuen, härteren Sanktionen der USA wegen des Ukraine-Konflikts und der angeblichen russischen Verantwortung für dessen Eskalation. Wieder betonte man in Washington die Absicht, Russland für den Fall eines weitergehenden militärischen Eingreifens in der Ukraine mit harten Sanktionen belegen zu wollen.

Kiew und die westlichen Staaten werfen seit Wochen Moskau die Verlegung seiner Truppen an die Grenze zur Ukraine vor. Hingegen zeigt sich Russland über provokative Aktivitäten der NATO-Staaten im Schwarzen Meer und mögliche Vorbereitungen Kiews auf eine groß angelegte Offensive gegen die selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk besorgt und tritt dem mit Vorschlägen für gegenseitige Sicherheitsgarantien entgegen.

Auf die Aufforderung Russlands, rechtsverbindliche Garantien für das Ende der NATO-Osterweiterungen zuzusichern, hatte US-Präsident Joe Biden bereits erklärt, die USA würden "keine roten Linien Moskaus akzeptieren". Moskau macht aber nach wie vor seine Absichten klar, unverzichtbar auch diese Frage während der Sitzung des NATO-Russland-Rates bezüglich der Ukraine-Krise auf den Verhandlungstisch zu bringen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61cdb143b480cc48842a8643.jpg>

snanews.de: **EU-Teilnahme an Sicherheitsgesprächen? Russisches Außenamt hält Forderung Borrells für „skurril“**

Nach dem jüngsten „Welt“-Interview des Hohen EU-Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, hat das russische Außenamt seine Forderung nach dem Einbeziehen der Europäischen Union (EU) in die anstehenden Sicherheitsgespräche als merkwürdig zurückgewiesen – insbesondere mit Blick auf die feindselige EU-Haltung gegenüber Russland.

Wie die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Donnerstag in einem Briefing sagte, sind die Erklärungen Borrells über einen möglichen Beitrag Brüssels zu den künftigen Sicherheitsverhandlungen zwischen Russland, der Nato und den USA vor dem Hintergrund der von der EU momentan betriebenen Politik „skurril“.

„Ich möchte nochmals betonen, dass, wenn man dies in (...) Brüssel aufrichtig wollte, dies anstrebe, so könnte man viel mehr in die Wege leiten, um die Entwicklung der Situation in Europa nach einem für Russland inakzeptablen Szenario zu verhindern“, erklärte Sacharowa. Und das gelte, so die Außenamtssprecherin weiter, nicht nur für Russland, sondern allgemein für die Entwicklung „unseres Zusammenwirkens auf der Linie Russland-EU“. Im Hinblick darauf musste Sacharowa feststellen: Nichts davon sei umgesetzt worden.

„Vor diesem Hintergrund sieht der von Herrn Borrell zum Ausdruck gebrachte Anspruch auf einen vermeintlichen Beitrag der EU zur Diskussion über Sicherheitsgarantien in Europa äußerst skurril aus“, betonte Sacharowa.

Nato als „Grundlage der kollektiven Verteidigung“ in Europa

Zudem erinnerte sie Borrell daran, dass die Nato es sei, die für die EU-Mitgliedsstaaten „die Grundlage der kollektiven Verteidigung und das Forum für ihre Umsetzung“ bleibe. Mit anderen Worten: Das EU-Brüssel habe dem Nato-Brüssel freiwillig einen Löwenanteil seiner militärischen Souveränität übergeben.

„Dies geschah nicht nur gegenüber der Nato, ich meine diese Aufopferung der eigenen

Souveränität, sondern auch die USA haben ein solches Geschenk abbekommen“, erklärte Sacharowa.

In diesem Zusammenhang seien die Gefühle des Chefs der EU-Diplomatie über die Nichtbeteiligung der EU an Diskussionen über Sicherheitsgarantien in Europa ihr „nicht ganz klar“. Sie hätten, so die Außenamtssprecherin weiter, dem Verlust der Souveränität schließlich freiwillig zugestimmt.

Ferner erklärte Sacharowa, dass die Form des Dialogs zwischen der EU und der Russischen Föderation in den letzten Jahren „seltsam und weitgehend inakzeptabel“ gewesen sei. Daher sehe sie keinen Sinn, jetzt Ansprüche an Russland zu stellen – „auch ein Recht hat eben niemand darauf“.

Die Vertreterin des russischen Außenministeriums erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass EU-Diplomaten in den letzten Jahren wiederholt einem Ultimatum gleichende Erklärungen abgegeben sowie keine Projekte und Diskussionen diesbezüglich vorgeschlagen hätten – und dabei habe nur eine einseitige Position im Fokus gestanden.

Moskau fordert Sicherheitsgarantien

Das Außenministerium in Moskau hatte am vergangenen Freitag Entwürfe von Sicherheitsverträgen an die USA und die Nato gerichtet. Die vorläufigen Dokumente enthalten Sicherheitsgarantien, wonach die nordatlantische Allianz fortan auf die Erweiterung in den Osten und die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken verzichten soll.

Auch die Stationierung von Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen in Schlagdistanz zum Territorium der jeweils anderen Seite soll den USA und Russland dem Entwurf zufolge untersagt werden.

Moskau hat wiederholt Vorwürfe „aggressiver Aktionen“ zurückgewiesen und erklärt, dass es niemanden bedrohe. Nach Angaben der russischen Behörden werden solche verbalen Angriffe als Vorwand genutzt, um mehr Militärausrüstung der Nato in der Nähe der russischen Landesgrenzen zu platzieren.

Der Vizeaußenminister Sergej Rjabkow hatte zuvor gegenüber SNA erklärt, dass, wenn die Nato und die USA auf die Forderung Russlands nach Sicherheitsgarantien nicht reagieren sollten, dies zu einem weiteren „Drehen der Konfrontationsspirale“ führen könnte.

Mitte Januar 2022 sollen Gespräche zwischen Russland und den USA über die von Moskau geforderten Sicherheitsgarantien stattfinden. Geplant sind auch Unterredungen mit der Nato sowie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Kremlsprecher Dmitri Peskow sagte gegenüber russischen Medien, es gebe noch keinen konkreten Zeitrahmen für die Gespräche.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/01/46237_0:146:2815:1729_1920x0_80_0_0_1e3b23f501404d7f3b88e73b58a5033f.jpg

snanews.de: **Aufmarsch in Kiew: Neonazis belagern Oppositionszentrale**

Mitglieder mehrerer ukrainischer Neonazigruppierungen haben sich Berichten zufolge am heutigen Donnerstag vor der Zentrale der Partei „Oppositionsplattform – Pro Leben“ in Kiew versammelt und mit Rauchbomben sowie Feuerwerkskörpern um sich geworfen. Die Oppositionspartei führt die Aktion auch auf den Willen der Selenski- Regierung zurück. Laut einer Mitteilung der „Oppositionsplattform“ ist die ukrainische Regierung aktiv dabei, die rechten Gruppierungen des Landes für ihre eigenen Interessen einzuspannen. Der Aufmarsch vor der Parteizentrale sei ein Ausdruck dieser Politik. Das Ziel der Aktion sei es gewesen, „die öffentliche Aufmerksamkeit von den kriminellen Machenschaften Selenskis bei der Zerstörung der Redefreiheit abzulenken“, heißt es in der Mitteilung. Medienberichten zufolge hatten sich Gruppen des „Nationalkorps“, des „Rechten Sektors“ sowie weiterer neonazistischer Vereinigungen am heutigen Donnerstagnachmittag vor der Zentrale der „Oppositionsplattform – Pro Leben“ in Kiew versammelt und die Festsetzung von Mitgliedern der Partei gefordert. Dabei flogen Rauchbomben und Feuerwerkskörper. Anwesende Polizisten sollen nicht eingeschritten sein. Vor circa zwei Stunden wurde der Aufmarsch aufgelöst. Einheiten der Nationalgarde bewachen den Eingang zur Parteizentrale. Das ukrainische „Nationalkorps“ ist ein Ableger des Kampfbataillons „Asow“. Russische Strafverfolger ermitteln gegen die Mitglieder dieser Einheit unter anderem wegen Mordes. Der „Rechte Sektor“ ist als Organisation in Russland verboten.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/07/0e/2839472_0:138:3146:1908_1920x0_80_0_0_5331627fdf80ba38ab42ebb4143f1ba6.jpg

snanews.de: **Vor Ukraine-Gespräch: Putin wirbt in Neujahrsschreiben an Biden für Dialog**

Der Kreml hat am Donnerstag ein Neujahrsschreiben des russischen Präsidenten Wladimir Putins an seinen US-Amtskollegen Joe Biden veröffentlicht.

In dem Telegramm hat Putin für einen Dialog geworben:

„Ich bin überzeugt, dass wir bei der Entwicklung unserer während des Juni-Gipfels in Genf getroffenen Vereinbarungen und der nachfolgenden Kontakte vorankommen und einen effektiven russisch-amerikanischen Dialog aufbauen können, der auf gegenseitigem Respekt und der Berücksichtigung der nationalen Interessen des anderen beruht“, so der russische Staatschef in seinem Telegramm.

Der Präsident wies darauf hin, dass „Russland und die USA als Länder mit einer besonderen Verantwortung für internationale und regionale Stabilität konstruktiv zusammenarbeiten können und sollten“.

Sie sollten ihre Kräfte angesichts der zahlreichen Herausforderungen und Bedrohungen, mit denen die Menschheit konfrontiert ist, vereinen, heißt es in dem Schreiben.

Nach Informationen aus dem Kreml werden Russlands Präsident, Wladimir Putin, und sein

amerikanischer Amtskollege, Joe Biden, am heutigen Donnerstag zur Vorbereitung der für Januar anberaumten Sicherheitsgespräche miteinander telefonieren.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/04/4575734_0:0:2596:1461_1920x0_80_0_0_0020e0d7b32729511588a80c0fc116f3.jpg

abends:

snanews.de: **Atomgespräche mit Iran verlaufen konstruktiv**

Die Gespräche zur Rettung des sogenannten Atomabkommens mit dem Iran verlaufen nach Angaben aus Teilnehmerkreisen konstruktiv. Es zeichne sich ab, dass der Iran auf einer Zusicherung bestehen werde, dass alle Vereinbarungen künftig eingehalten würden, hieß es. Medienberichten zufolge wird das von allen Seiten akzeptiert, könne aber nicht so einfach umgesetzt werden. Bei den Gesprächen mangle es an der nötigen Dynamik.

Die USA waren unter Ex-Präsident Donald Trump 2018 aus dem 2015 erzielten Rüstungskontrollabkommen ausgestiegen. Nach der Wiederbelebung der Sanktionen seitens der USA hielt sich auch Teheran nicht mehr an die Vorschriften zur Begrenzung seiner nuklearen Kapazitäten, hieß es.

Der iranische Chefunterhändler Ali Bagheri warb für eine schnellstmögliche Aufhebung der gegen Teheran verhängten US-Sanktionen. Nur das könne die Verhandlungen erfolgreich machen.

In den bisher sieben Verhandlungsrunden konnten sich der Iran und die USA trotz Vermittlung von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Russland und China bislang nicht auf die Abfolge der Deeskalationsschritte in Washington und Teheran einigen.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/0c/1e/4853579_0:0:3641:2048_1920x0_80_0_0_c376b945c85a7880bd46c57bed3e2284.jpg